

Losacker, Ludwig; Vogel, Hans-Jochen; Galbraith, J. K.

**Article — Digitized Version**  
**Armut im Überfluss**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Losacker, Ludwig; Vogel, Hans-Jochen; Galbraith, J. K. (1971) : Armut im Überfluss, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 8, pp. 393-400

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134293>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Armut im Überfluß

Nach J. K. Galbraith ist „privater Reichtum bei öffentlicher Armut“ ein Kennzeichen der modernen Industriegesellschaften. Trifft diese These für die BRD zu?

### Die Entwicklung straft Galbraith Lügen

Ludwig Losacker, Köln

**S**elten ist eine These wie die von John Kenneth Galbraith über den Gegensatz zwischen individuellem Wohlstand und gesellschaftlicher Armut mit so tiefer Überzeugung und so wenig Nachdenken in weiten, vor allem politischen Kreisen als gültige Tatsachenfeststellung akzeptiert worden. Und selten paßte eine These den Gegnern des marktwirtschaftlichen Systems so gut ins Konzept — sie haben sie mit Begeisterung aufgenommen.

#### **Undifferenzierte Betrachtungsweise**

Zunächst hat man dabei aber nicht geprüft, ob wir hierzulande mit Fug und Recht von „öffentlicher Armut“ sprechen können. Hans Otto Wesemann ist in der FAZ vom 9. Juni dieses Jahres dieser Frage nachgegangen und

meinte, wenn das Modewort seine Berechtigung hätte, müßten z. B. öffentliche Anlagen mehr oder weniger vergammelt sein, neue Schulen fände man nur selten, die Straßen wären eine Zumutung, und mit den öffentlichen Versorgungsdiensten klappe es vorne und hinten nicht. Aber von solcher Armut sei, wie der Augenschein zeigte, bei uns nur wenig zu merken. Wer sich nicht den Vorwurf gedankenlosen Nachplapperns ideologisch verbrämter, aber in der Tageswirklichkeit kaum nachweisbarer Behauptungen gefallen lassen muß, sollte sich an konkreten Beispielen orientieren. Daß es zwischen den privaten und öffentlichen Bereichen Ungleichgewichtigkeiten gibt, kann nicht bestritten werden. Eine differenzierte Betrachtung wird zur Charakterisierung der allgemeinen Situation auf das

Wort „Armut“ allerdings verzichten müssen.

Weiter hat man übersehen, daß derjenige, der im konkreten Fall das Zurückbleiben der Befriedigung öffentlicher Bedürfnisse gegenüber solchen privater Natur beklagt, ungerecht und unsinnig handelt, wenn er deswegen den marktwirtschaftlichen Kräften Vorwürfe macht. Private Bedürfnisse artikulieren sich am Markt der Güter und Dienstleistungen. Die öffentlichen Bedürfnisse hingegen werden am Markt der politischen Meinungen nachgefragt. Die Klage wäre daher dort anzubringen, wo die Fehler aufzuspüren wären, nämlich im Bereich der politischen Willensbildung.

Zugegebenermaßen führt in der sozialen Marktwirtschaft das Nebeneinander von individuellen und kollektiven Be-

dürfnissen zu einem Spannungsverhältnis; denn in jeder Wirtschaft, ganz gleich, ob es sich um eine marktwirtschaftliche oder eine sozialistische Wirtschaft handelt, stehen die Bedürfnisse miteinander im Wettbewerb um die vergleichsweise knappen ökonomischen Mittel. Daraus ergibt sich, daß zwangsläufig immer irgendwelche Bedürfnisse unbefriedigt bleiben müssen.

### Konkurrenz um knappe Mittel

Ein System der staatlichen Lenkung, in dem es eine individuelle Verfügungsgewalt über Einkommen und Produktivitätskräfte nicht gibt, mag im Bereich der öffentlichen Bedürfnisse Schwerpunktprojekte vielleicht leichter durchsetzen können als ein marktwirtschaftliches System, das dem Träger des privaten Bedürfnisses den Vorrang zubilligt. Die zentrale Erfassung der Bedürfnisse und die zentrale bzw. abgeleitete Organisation ihrer Befriedigung bringen es aber in sozialistischen Systemen mit sich, daß die Vielfalt der individuellen Bedürfnisse unterdrückt wird, denn es fehlt an Ressourcen, Hilfsmöglichkeiten und finanziellen Mitteln. Überdies werden exklusive Bedürfnisse in solchen Systemen sowieso diskriminiert. Mit Recht bemängeln die Bürger in sozialistischen Staaten die Unzulänglichkeit, individuelle Bedürfnisse zu befriedigen. Die kommunistischen Führungen in diesen Staaten haben zur Kenntnis nehmen müssen, daß sie ihren Bevölkerungen auf die Dauer elementare Konsumbedürfnisse nicht vorenthalten können. Die nur einige Monate zurückliegenden Arbeiteraufstände in Polen beweisen dies sehr eindringlich.

Auf der anderen Seite können in einem marktwirtschaftlichen System langfristige Bedürfnisse wie Bildung und Verkehrswesen auch deshalb zu kurz kommen, weil sie entweder in ihrer Bedeutung, vor allem in ihrer Zukunftsbedeutung, nicht erkannt werden. Oder aber es liegen elementarere

Bedürfnisse vor, und man weigert sich, die notwendigen Mittel bereitzustellen, um eine privatwirtschaftlich rentable Organisation zur Befriedigung langfristiger Bedürfnisse zu schaffen. Hier muß der Staat an die Stelle des einzelnen Bürgers treten, um diejenigen Leistungen nachzufragen, die

### Die Autoren unseres Zeitgesprächs:

*Hans-Jochen Vogel, 45, Dr. jur., ist seit 1960 Oberbürgermeister von München. Außerdem amtiert er als Präsident des Deutschen Städtetages. Davor war er u. a. im bayerischen Staatsdienst und Stadtrat von München.*

*Ludwig Losacker, 65, Dr. jur., ist Geschäftsführender Direktor des Deutschen Industrieinstituts in Köln. Er arbeitet seit 1937 in der Industrie und war bis 1959 im Verbandswesen tätig, zuletzt als Hauptgeschäftsführer des Arbeitsringes der Arbeitgeberverbände der Deutschen Chemischen Industrie. Von 1963 bis 1964 lehrte er als Dozent an der Hochschule für Politische Wissenschaften in München.*

z. B. für eine Reform des Bildungswesens an Haupt und Gliedern oder einen modernen Ausbau des Verkehrswesens zu erbringen sind.

### Falsche Annahmen

Die Gegner der marktwirtschaftlichen Ordnung behaupten außerdem unbekümmert, das kapitalistische System produziere an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei. Würden aber etwa entsprechend dem Münchener Programm der Jungsozialisten künftig öffentlich-rechtliche Institutionen ohne kostendeckende Preise in vollem Umfange die

Versorgung mit Wasser, Energie, Verkehrsleistungen und Wohnungen sicherstellen, das Grundstückswesen regeln und auch für ausreichende Kindergärten sorgen, dann mag sich zunächst in manchen Köpfen die angenehme Vorstellung des Schlaraffenlands breit machen. Man würde nur vergessen, daß auf solche Weise das Angebot monotoner würde, daß eine schlechtere Versorgung eintreten müßte und daß Null-Tarife, überhaupt Preise, die die Kosten nicht decken, die Steuerlastquote stark ansteigen lassen müßten.

Die Annahme, man könne durch eine unverhältnismäßig starke Besteuerung in den höheren Vermögens- und Einkommensgruppen das Ansteigen der Steuerlastquote vermeiden, ist falsch. Wer seine Forderungen auf einer solchen Annahme aufbaut, würde zwangsläufig das Leistungsprinzip zugrunde richten und damit die Produktivität unserer Marktwirtschaft lahmlegen. Der Sinn für Wertmaßstäbe, für Wirtschaftlichkeit und Rechenhaftigkeit müßte verkümmern, und der dann rasch eintretende Mangel würde verwaltet und zugeteilt. Es würde sich sehr schnell herausstellen, daß die Gemeinbedürfnisse nun überhaupt nicht mehr oder nur in sehr bescheidenem Umfange erfüllt werden können. Man hätte die Kuh geschlachtet, die die Milch geben sollte.

### Gemeinschaftsaufgaben und Marktwirtschaft

Ebenfalls nicht überzeugen kann die Behauptung, Gemeinschaftsaufgaben und Marktwirtschaft würden sich gegenseitig ausschließen. Beide sind eng miteinander verbunden und stehen sich nicht wie zwei fremde, feindselige Welten gegenüber, sondern vielmehr in einem wechselseitigen Zusammenhang zueinander. Viele Gemeinschaftsaufgaben, wie z. B. das Verkehrswesen oder das Bildungs- und Ausbildungswesen, sind zudem unmittelbare Folgen unseres gestiegenen Wohlstandsniveaus.

Ein verbessertes System der Ausbildung, ein gut ausgebautes Verkehrswesen, eine moderne Gesundheitsversorgung – um nur einige Bereiche zu nennen – können überdies durchaus produktivitäts- und wachstumsfördernd sein. Sie können damit auch die Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben in einer marktwirtschaftlichen Ordnung erleichtern. Die aufgewendeten Mittel zahlen sich in einer erhöhten Produktivität und Leistungsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems aus. Je höher entwickelt die jeweilige marktwirtschaftliche Ordnung ist, je höher ihr ökonomischer und gesellschaftlicher Reifegrad, desto größer werden die Möglichkeiten sein, Gemeinschaftsaufgaben wahrzunehmen und die Infrastruktur weiter auszubauen.

Der Staat spielt in der sozialen Marktwirtschaft keineswegs eine untergeordnete oder kümmerliche Rolle. Deshalb kann der Staat nicht auf die Dauer und in wesentlichen Fragen an den Gemeinbedürfnissen seiner Bürger vorbeigehen. Diese Gemeinbedürfnisse werden in einer Parlamentarischen Demokratie immer diskutiert werden. Und das um so heftiger, je dringender die Notwendigkeit von Reformen erkannt wird. Der Bund, die Länder und die Gemeinden müssen sich um die Bewilligung und die Beschaffung der Mittel kümmern, die für die Befriedigung von Gemeinbedürfnissen erforderlich sind. Das setzt voraus, daß die öffentliche Hand innerhalb der Grenzen, die von der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gezogen werden, langfristig und zielsicher plant.

Für die Ausführung der Pläne der öffentlichen Hand stellt die

Marktwirtschaft das rationellste und ergiebigste System zur Verfügung. Freilich wird es von zwei Voraussetzungen abhängig sein, wenn die Befriedigung individueller Bedürfnisse auf die kollektive Bedarfsdeckung verlagert werden soll: Einerseits muß im Umfang der Mittel, die umgeschichtet werden sollen, privater Konsumverzicht geleistet werden. Und zum anderen müssen bei der Deckung des Gemeinschaftsbedarfs die Spielregeln der Marktwirtschaft eingehalten werden.

### Drei Finanzierungsgrundsätze

Diese beiden Grundvoraussetzungen bedingen drei Finanzierungsgrundsätze:

- Der Leistungsstand unserer Wirtschaft darf nicht gefährdet werden.
- Die Gemeinschaftsaufgaben müssen inflationsfrei finanziert werden.
- Die Finanzierung der wachsenden Gemeinbedürfnisse darf den Kapitalmarkt nicht gefährden.

Denn nur eine Volkswirtschaft, die ständig Hochleistungen vollbringt, kann die Finanzierung von inneren Reformen und Infrastrukturmaßnahmen garantieren und insbesondere die Steuern, aber auch die notwendigen Kredite für die öffentliche Hand aufbringen. Was die Notwendigkeit der inflationsfreien Finanzierung betrifft, so haben wir in den letzten Jahren die Erfahrung machen müssen, daß die Ausgabenseite des Staates außerordentlich inflationsempfindlich ist. Gerade die steigenden Bau- und Investitionsgüterpreise, die hohen Lohnsteigerungen haben unübersehbar den engen Spielraum für manche

Verbesserungen im Infrastrukturbereich deutlich gemacht. Und bei der steigenden Nachfrage der öffentlichen Hand nach Kapital muß vermieden werden, daß die öffentliche Investitionsplanung auf dirigistischem Wege über ein höheres Zinsniveau Kapital aus den privaten in die erwünschten öffentlichen Verwendungszwecke umlenkt. Die zinsempfindliche Privatwirtschaft könnte nämlich bei dieser Hochzinspolitik nicht mithalten.

### Private Investitionen rückläufig

Mit diesen Grundsätzen läßt sich eine Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben sowohl durch Kreditaufnahmen der öffentlichen Hand, als auch aus Steuermitteln durchaus vereinbaren. Zu beklagen ist aber, daß es in der Bundesrepublik noch keine klare mittel- und langfristige Konzeption für unsere Infrastrukturpolitik gibt, die auch finanziell abgesichert ist. Die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung bis zum Jahre 1974 macht der Öffentlichkeit nicht deutlich, wie hoch die Finanzierungslücken für diesen Zeitraum sind. Eine Verschuldung von 22,5 Mrd. DM ist bereits in dieser Finanzplanung vorgesehen. Aber es gibt weitere ungedeckte Ausgaben, die, sollten sie auch über eine Staatsverschuldung finanziert werden, den öffentlichen Schuldenberg bis 1974 auf annähernd 50 Mrd. DM ansteigen lassen würden.

Ein staatliches System, das derzeit von jeder verdienten Mark 40 Pfennige für sich beansprucht und wieder ausgibt, bedarf einer strengen Kontrolle. Im staatlichen Bereich und von staatlichen Stellen werden seit

# VEREINSBANK IN HAMBURG

Zentrale: Hamburg 11 · Alter Wall 20-30 · Telefon 3610 61

ÜBER 60 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

Mitte der 60er Jahre in steigender Tendenz über mehr als 20 % aller Sachinvestitionen entschieden und verfügt. Seit dieser Zeit ist bei den privaten Unternehmen der Anteil an den Gesamtinvestitionen deutlich rückläufig. Diese Entwicklung straft John Kenneth Galbraith klar Lügen.

Das Problem der inneren Reformen insbesondere in ihrem Kernbereich, nämlich die Aufgabe, die Infrastruktur der Bundesrepublik zu modernisieren und auszubauen, ist ein langfristiges Problem. Es ist eigentlich das Thema des letzten Drittels dieses Jahrhunderts, ein Problem mit vergleichsweise sehr hohen finanziellen Aufwendungen. Was im Rahmen dieses Ausbaues der Infrastruktur geschaffen und eingerichtet wird, läßt sich überwiegend nicht mehr ändern und rückgängig machen.

#### Setzung von Prioritäten

Aus all diesen Gründen müssen Prioritäten gesetzt, zeitliche Stufenpläne aufgestellt und die Infrastrukturprojekte sachlich miteinander verzahnt werden. Vor allem muß ein einheitlicher zeitlicher Planungshorizont geschaffen werden, wenn dieses gewaltige Projekt des Ausbaues unserer Infrastruktur rationell und ohne böse Fehlinvestitionen ablaufen soll. Die Durchführung dieser großen Pläne verlangt die Freisetzung von Produktivkräften aus der privaten für eine öffentliche Verwendung. Die Finanzierung der Projekte kann auf dreierlei Weise geschehen:

- durch Umgestaltung der öffentlichen Haushalte;
- durch Aufnahme von Krediten von seiten der öffentlichen Hand und schließlich
- durch maßvolle Steuererhöhungen.

Vor einseitigen verzweifelten Finanzierungsanstrengungen, etwa drastischen Steuererhöhungen oder einer drastischen Verschul-

dung der öffentlichen Hand, muß aus sozialökonomischen, aber auch aus politischen Gründen eindringlich gewarnt werden. Die Politiker müssen sich daran gewöhnen, der Bevölkerung klar zu sagen, welche Mehrkosten durch Reformen verursacht werden. Unsere Bevölkerung wird nur dann aufgeschlossen und mit Verständnis für steigende Belastungen reagieren, wenn sie offen, fair und vollständig über die Kosten für die Gemeinschaftsbedürfnisse unterrichtet wird. Der irrigen Vorstellung, es könnten alle Gemeinschaftsaufgaben gleichzeitig verwirklicht werden, muß klar widersprochen werden.

#### Gefahren der Reformhektik

Tröstlich mag sein, daß Verstöße gegen solche Finanzierungsgrundsätze verhältnismäßig schnell und wie offenbare Rechenfehler deutlich sichtbar zu Tage treten. Den Politikern wird die Rechnung für solche Fehler recht bald auf den Tisch gelegt.

Bei Verstößen gegen unsere marktwirtschaftliche Ordnung dagegen wäre die Signalwirkung gegenüber den Politikern und der Öffentlichkeit gering. Dabei ist gerade das Feld der ordnungspolitischen Verstöße groß. So etwa die Versuchung, bei langfristigen Investitionsprogrammen sprunghaft und willkürlich in private Produktions- und Investitionsentscheidungen einzugreifen, was die Bereitschaft der Unternehmer zu sinnvoller und dem Markt gerecht werdender Investitionen systematisch untergraben würde. So die von Effekthascherei und Tagespolitik diktierte Reformhektik, die mitunter darauf verzichtet, über die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge zu unterrichten. Es triumphiert dann oft nur noch die billige Popularitätssucht. Die soziale Marktwirtschaft wird aber auch von dem sozialistischen Pathos bedroht, welches unsere wirtschaftliche Grundordnung wahrheitswidrig als das System der Rei-

chen, der Saturierten und der Etablierten ausgibt.

Bei der Aufgabe, das Funktionieren der Marktwirtschaft zu sichern und zugleich einen wachsenden Gemeinschaftsbedarf zu decken, wird es nicht ohne Spannungen abgehen können. Ein spannungsfreies Verhältnis sollte aber gar nicht erst gefordert werden; denn es gibt nützliche und produktive Spannungen. Was indessen verhindert werden muß, ist ein Umschlagen von der Quantität in die Qualität. Der Punkt, wo die soziale Marktwirtschaft zu bestehen aufhört und ein System beginnen würde, das die Freiheit des einzelnen immer stärker beschneidet, darf bei aller Einsicht in die Verbesserungswürdigkeit unseres Systems nicht erreicht werden. Für das Verhalten der politischen und gesellschaftlichen Kräfte in der Bundesrepublik muß es Grenzen und Schwellen geben, die in das Bewußtsein aller Bürger gerückt werden müssen. Sie können nicht überschritten werden, ohne daß unsere gesamte gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung zur Entscheidung stünde.

#### Organische Evolution

Eine organische Evolution sollte angestrebt, der zerstörenden Revolution aber Widerstand entgegengesetzt werden. Wir sollten uns im Interesse der Sicherung der Zukunft unseres Landes überlegen, ob wir nicht dringend einen ordnungspolitischen Stabilitätspakt brauchen. Würde er geschlossen, müßte allerdings darauf geachtet werden, daß der Staat nicht von den üppig wuchernden pluralistischen Gesellschaftsgruppen mattgesetzt wird. Nach dem Staat sollte nicht nur als Nothelfer in Situationen gerufen werden, die von der Gesellschaft mit eigenen Kräften nicht bewältigt werden können. Der Staat muß sich auch in Zukunft letztlich als der Wahrer und Beschützer der Freiheit bewähren, als den ihn der Verfassungsgesetzgeber eingesetzt hat.

## Das System wird zum Selbstzweck

Hans-Jochen Vogel, München \*)

Infolge der Verabsolutierung der privatökonomischen Zuwachsraten neigt unsere Gesellschaft immer mehr dazu, ihre geistigen und materiellen Hilfsmittel in den Bereichen einzusetzen, die den höchstmöglichen Gewinn und eine langfristige Unternehmensplanung erwarten lassen. Die anderen Bereiche werden vernachlässigt. John Kenneth Galbraith hat uns in seinen Arbeiten deutlich gemacht, welche verheerenden Folgen dieses Mißverhältnis vor allem in den hochentwickelten Industrienationen schon jetzt ausgelöst hat.

### Produktionsausweitung um jeden Preis

Auch bei mir verstärkt sich die Auffassung, daß unsere Gesellschaft, unser Industriesystem, nur ein Ziel, einen einzigen Polarnormen kennt, nämlich die Ausweitung der Produktion, die Steigerung des Profits, des Einkommens und des Konsums, die höhere Zuwachsraten und den technologischen Fortschritt, der zudem noch als ein Dahineilen auf einer konstant aufwärts gerichteten Geraden verstanden wird. Manchmal könnte es so scheinen, als wenn die Zuwachsraten zum Götzen unserer Zeit geworden ist, und zwar quer durch alle Länder, quer durch alle Ebenen der öffentlichen Verantwortung. Galbraith befürchtet das und belegt seine Befürchtung in seinem Buch „Die moderne Industriegesellschaft“ mit durchaus diskutablen Argumenten.

Ist die Zuwachsraten nach dieser Auffassung der Götze unserer

\*) Gekürzte und leicht überarbeitete Fassung eines Vortrages, gehalten vor der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in München.

Zeit, so ist die Werbung sein Prophet. Denn sie weckt unablässig neue Bedürfnisse oder rückt alte in der Prioritätenskala nach oben, deren Befriedigung gar nicht in erster Linie dem einzelnen, sondern ganz bestimmten Gruppeninteressen dient. Ich denke beispielsweise an die Werbung für immer neue und raffiniertere Autos, Waschmittel und Kosmetika, die der einzelne oft nur deshalb begehrt, weil sie ihm mit allen psychologischen Tricks aufgedreht werden und er meint, er sei es seinem sozialen Status und Prestige schuldig, sie zu besitzen, die aber sein Leben und sein Dasein gar nicht bereichern und ihm auch rein materiell nicht nützen.

Für das Industriesystem leuchtet hingegen der Nutzen dieses Verfahrens ohne weiteres ein. Zwingt es doch den einzelnen, länger und angestregter zu arbeiten, als er es ohne diese manipulierten Konsumbedürfnisse tun müßte und gewährleistet es dem System doch die konstant wachsende Nachfrage, die es für seine langfristigen Planungen braucht. Allerdings sollten wir einmal über diese Zusammenhänge nachdenken. Vielleicht auch über jenen, der zwischen dem Bedürfnis des Industriesystems nach langfristigen Abnahmegarantien, nach Planungssicherheit und Überwälzung des Entwicklungsrisikos einerseits und den Rüstungsaufträgen, der Sicherheitspolitik und den wirklichen und vermeintlichen äußeren Bedrohungen der Staaten andererseits besteht — übrigens in Ost und West.

Nun ist nicht zu leugnen, daß dieses System gewaltige Kräfte freigesetzt und dazu beigetragen

hat, die fortgeschrittenen Industrienationen von materieller Not zu befreien. Es hat sich insoweit anderen Systemen, so etwa dem sowjetischen, deutlich überlegen gezeigt.

### Widersprüche und Opfer des Systems

Aber jetzt beginnt das Wachstum der Zuwachsraten, beginnt das System zum Selbstzweck zu werden. Es ist offenbar nicht bereit, sich aus Lebensbereichen zurückzuziehen, in denen es zu widersinnigen, mitunter sogar zerstörerischen und unmenschlichen Konsequenzen führt. Ja, es schickt sich an, sich neue Bereiche zu unterwerfen. Es dient nicht mehr, es herrscht und durchdringt alle Verhaltensweisen und selbst das Bewußtsein.

Hier wurzeln Widersprüche und Schizophrenien wie diese:

Unser System fördert mit allen Mitteln die Motorisierung — aber wir jammern über die Verstopfung der Straßen, die Vergiftung der Luft und Zehntausende von Toten und Hunderttausende von Verstümmelten und Verletzten.

Das System fördert den Bau immer größerer und schnellerer Fluggeräte — aber wir wundern uns, daß der Lärm immer unerträglicher wird.

Das System leistet der Bodenspekulation fast unbegrenzten Vorschub — gleichzeitig aber vergießt man Krokodilstränen über die Verödung unserer Innenstädte, über die Schwächung unserer Investitionskraft und über die Mieterhöhungen.

## Das Soziale Ungleichgewicht

Thesen von J. K. Galbraith \*

„Das ... Problem der industriellen Gesellschaft ... äußert sich in der unerbittlichen Tendenz, manche Dinge in riesigen Mengen, andere wieder nur in höchst kärglichem Maße zu liefern. Diese Divergenz geht so weit, daß sie schließlich zu einer Quelle sozialen Mißvergnügens und sozialer Mißstände wird. Die Grenze, die die Domäne des Reichtums vom Bereich der Armut trennt, ist in etwa die Grenze zwischen privatwirtschaftlich erzeugten und angebotenen Diensten auf der einen Seite und den öffentlichen Dienstleistungen auf der anderen.“ (*Gesellschaft im Überfluß*, S. 266)

\*

„Das Industriesystem bringt es in genialer Weise fertig, die den eigenen Erfordernissen dienenden Ziele – rationelle Warenproduktion, stetige Erhöhung des industriellen Ausstoßes, laufende Konsumsteigerung, eine entschiedene Bevorzugung materieller Dinge gegenüber dem Müßiggang, die bedingungslose Hingabe an den technologischen Fortschritt, die Autonomie für die Technostruktur und eine ausreichende Versorgung mit ausgebildeten Fachkräften – gleichzuschalten mit sozialen Tugenden und humanistischer Aufklärung ... Wer es anzweifelt, läuft Gefahr, als

\* Zitiert nach: John Kenneth Galbraith: *Gesellschaft im Überfluß*, München, Zürich 1959; derselbe: *Die moderne Industriegesellschaft*, (Taschenbuchausgabe Droemer Knauer), 1970.

Außenseiter oder Asket verschrien zu werden.“ (*Industriegesellschaft*, S. 326)

\*

„Das Industriesystem ignoriert oder bagatellisiert für gewöhnlich die Funktionen des Staates, die nicht eng mit den Erfordernissen des Systems verknüpft sind ... Staatliche Funktionen, die nur indirekt mit den Erfordernissen des Industriesystems zu tun haben, sind weit weniger begünstigt ... Funktionen, die das Industriesystem nicht braucht, die der Staat aber trotzdem erfüllen muß, leiden unter einer deutlichen Diskriminierung. Das Industriesystem schreibt in seiner Werbung den Seifen und Zahnpasten, für die Nachfrage geschaffen werden muß, große Bedeutung zu. Öffentliche Kliniken, die der Gesundheit größere Dienste erweisen, erfreuen sich keiner derartigen Reklame. Sie werden entsprechend vernachlässigt. Wieder andere Funktionen des Staates laufen den Interessen des Industriesystems zuwider oder sind unvereinbar mit seinen Zielen und Prioritäten. Sie stoßen auf den aktiven Widerstand des Industriesystems. Manche Dienstleistungen des Staates sind für das Industriesystem nicht sonderlich interessant: Fürsorge für die Alten, Kranken und physisch oder geistig Benachteiligten, Gesundheitsfürsorge ganz allgemein, Schaffung von Parks und Er-

holungsgebieten, Müllabfuhr, die Erstellung ansehnlicher öffentlicher Gebäude und Baulichkeiten, Hilfe für die Armen und ähnliches. Hierfür sind Geldmittel nötig, die auch von den durch das Industriesystem wachgerufenen Verbraucherwünschen beansprucht werden. Infolgedessen schneiden Krankenhäuser beim Ringen um Geldmittel im Vergleich zu Automobilen schlecht ab. Ausgaben für Parks und Spielplätze erscheinen weniger vordringlich als der Erwerb von Farbfernsehgeräten.“ (*Industriegesellschaft*, S. 327 f.)

\*

„Der innerstädtische und regionale Verkehr stellt eine der auffälligsten ... Planungslücken dar. Die schmerzlichsten Folgen der fälschlichen Annahme, der Markt regle alles von selbst, sind auf dem Gebiet des Wohnungswesens in den Städten und Vororten sowie in der Grundstückserschließung für gewerbliche und andere Zwecke zu beobachten.“ (*Industriegesellschaft*, S. 341)

\*

„Wenn man es unterläßt, die öffentlichen Einrichtungen wenigstens in eine gewisse Relation zur privaten Gütererzeugung und zum Verbrauch zu setzen, ergeben sich soziale Mißstände – oder die wirtschaftliche Leistung wird beeinträchtigt.“ (*Gesellschaft im Überfluß*, S. 276)

Das System ist geneigt, jede private Investition für produktiv, jede öffentliche aber für unproduktiv zu halten – und wir alle staunen dann über die Resultate einer solchen Philosophie.

Und das System fordert Opfer. Es greift nach der Natur und verwüstet sie bis hin zu einem Punkt, an dem die Umkehr schwierig wird. Es greift nach unseren Kindern, deren Wertmaßstäbe viel mehr vom Werbefernsehen als vom Religionsunterricht oder dem Einfluß der Eltern geprägt werden. Es bestimmt unsere Bildung, weil es den adaptierten Zuwachsproduzenten verlangt. Und es bemächtigt sich – um ein letztes Beispiel zu nennen – gerade in diesen Monaten der Sexualität, nicht um Menschen glücklicher zu machen, sondern um auch daraus noch höheren Profit zu ziehen.

Von diesen Widersprüchen sollen nur zwei herausgegriffen und näher untersucht werden, nämlich der Zustand unserer Bodenordnung und der der kommunalen Finanz- und Investitionskraft.

### **Anachronistische Bodenordnung**

Unsere Bodenordnung wird jedenfalls in der Bundesrepublik zu einem immer ernsteren Hindernis für die sinnvolle Wandlung unserer Städte, ja sie ist geradezu die Ursache für die bedenklichsten Fehlentwicklungen. Das sind ihre beiden Hauptmängel:

Sie bewirkt, daß über die Nutzung eines Grundstücks letzten Endes nicht das Gemeinwohl, sondern die Höhe des Profits entscheidet, die sich durch die jeweilige Nutzung erwirtschaften läßt. Im Konfliktfall siegt so stets das Warenhaus über das Kulturzentrum, die Bank über das alteingeführte Café, das Bürogebäude über den Biergarten. Die Waffen des Bundesbaugesetzes sind in diesen Konflikten stumpf. Denn welche Stadt kann schon die Entschädigungen zahlen, deren

Höhe sich wiederum nach diesen Nutzungen richtet? Wären Dome und Rathäuser nicht in aller Regel unverkäuflich, müßten sie nach dem herrschende System eigentlich auch einer profitträchtigeren Nutzung weichen.

Die geltende Bodenordnung bewirkt weiter, daß die Gemeinschaft Unsummen in die Taschen einiger weniger leiten muß, denn sie tut so, als ob der Grund und Boden eine beliebig reproduzierbare Ware sei. Das ist ein Anachronismus, den wir beispielsweise beim Wasser schon lange überwunden haben. Seine Erschließung, Entnahme und Verbrauch unterliegen strengen öffentlichen Kontrollen, seine Sozialbindung ist augenfällig. Keiner darf Trinkwasser zum Gegenstand spekulativer Manipulationen machen.

Aber beim Grund und Boden ist nahezu alles erlaubt. Vor allem ist es ausdrücklich erlaubt und sogar steuerlich begünstigt, aus der Knappheit des Grund und Bodens und der daraus resultierenden Monopolsituation mühe-los Gewinne spekulativen Charakters zu ziehen. Und im Grunde schafft ja jede Planung, die den richtigen Standort einer Einrichtung im Wege der Optimierung ermittelt und festlegt, zusätzliche Monopolsituationen, da eben nur der Eigentümer des betreffenden Grundstücks die Realisierung des optimalen Standorts ermöglichen oder aber so erschweren kann, daß sich die Gemeinschaft mit dem zweit- oder drittbesten Standort zufriedengeben muß.

### **Öffentlicher Skandal**

Über die Folgen braucht man sich nicht zu wundern. Sie sehen z. B. in München so aus, daß seit 1950 die Durchschnittslöhne um 344 %, der Lebenshaltungsindex um 81 %, die Grundstückspreise aber um 2036 % gestiegen sind. Allein in München sind aufgrund dieser Bodenpreissteigerung vom 1. Januar 1957 bis 31. Dezember 1966 rd. 495 Mill. DM an Steuer-

geldern zusätzlich einer Handvoll privater Grundstückseigentümer zugeflossen und damit den öffentlichen Investitionen entzogen worden. Für die ganze Bundesrepublik ergeben sich Milliardenbeträge, die ohne jedes Risiko, ohne jede Unternehmerleistung verdient worden sind. Es fällt schwer, diese Vorgänge nicht einen öffentlichen Skandal zu nennen. Einen Skandal, für den allerdings die Verantwortung nicht so sehr den einzelnen Grundeigentümer, sondern in erster Linie den Gesetzgeber trifft.

Aus diesen Gründen glaube ich, daß die Zeit überreif ist, mit der Sozialbindung des Eigentums ernst zu machen und deutlicher zwischen den aus dem Eigentum fließenden schutzwürdigen Recht zur Nutzung eines Grundstücks und der ebenfalls aus ihm abgeleiteten Handhabe zu unterscheiden, durch Veräußerung von Grundstücken, Monopolprofite und gemeinschaftsschädliche Sondervorteile zu erzielen. Zu diesem Zweck bedarf es vor allem steuerlicher Maßnahmen und der Abschöpfung der Planungsgewinne. Auf lange Sicht wird aber auch das Grundeigentum neu definiert werden müssen.

### **Mißverhältnis bei der Finanzkraft**

Ein ebenso ernstes Hindernis ist das Mißverhältnis zwischen der privaten und der öffentlichen, vor allem der kommunalen Finanzkraft. Wer aber all diese Fehlentwicklungen steuern will, muß gerade die Investitionskraft, die Finanzkraft der Städte stärken. Denn von ihren Einrichtungen und Baumaßnahmen hängt die tägliche Wohlfahrt, das tägliche Wohlbefinden unserer Mitbürger in erster Linie ab. Ohne eine solche Stärkung der kommunalen Finanzkraft – die vom letzten Bundestag verabschiedete Finanzreform stellt einen diskutablen Anfang, keinesfalls aber schon die Lösung selbst dar – bleiben all unsere

Pläne Makulatur, und wir ertrinken in der Papier-, Plastik- und Blechflut einer Wohlstandszivilisation.

Zwei Gesichtspunkte werden bei den weiteren Auseinandersetzungen im Vordergrund stehen:

Einmal das Mehr. Kommunalpolitiker sind keine Phantasten. Aber wenn sich die Schere zwischen privater und öffentlicher Finanzkraft schließen soll, wenn sich die Qualität unseres Lebens nicht weiter verschlechtern, sondern zunächst stabilisieren und dann schrittweise verbessern soll, dann ist für die Verdichtungsgebiete zumindest eine Verdopplung ihrer Investitionskraft erforderlich. Alles was darunter bleibt, kann den Trend nicht ändern. Wir wissen, daß dies wahrscheinlich eine Erhöhung der allgemeinen Steuerquote bedeutet. Aber das ist eine logische Konsequenz, der man sich stellen und zu der man sich bekennen muß. Eine schizophrene Haltung, die einerseits zugibt, daß der Lebensstandard immer mehr von den Gemeinschaftseinrichtungen abhängt, andererseits aber der Gemeinschaft die finanziellen Mittel für die Schaffung dieser Einrichtungen vorenthält, führt nur immer tiefer in die Not.

Zum zweiten geht es aber auch um die Qualität der kommunalen Finanzausstattung. Das gegenwärtige Dotationssystem ist unerträglich, weil es zu absurden Ergebnissen führt. Zum Beispiel zu dem, daß wir Schulen über ein gewisses Volumen hinaus mit unserem eigenen Geld nur bauen können, wenn wir gleichzeitig auf hohe Straßenbauzuschüsse verzichten. Mit anderen Worten: Forcierter Schulbau wird mit dem Entzug von Mitteln für den Verkehrsausbau bestraft! Deshalb müssen die Dotationen durch Globalzuweisungen ersetzt werden.

Auf diese Weise werden die Städte auch erst in den Stand gesetzt, bei der Verwendung ihrer

Investitionsmittel wirkliche Prioritätsentscheidungen zu treffen und so ihre Zielentscheidungen zu realisieren. Allerdings erfordert das auch eine intensivere Beschäftigung mit der Investitionsprogrammierung bei den Städten selbst. Ehrlicher Weise sollten wir zugeben, daß wir hier noch ziemlich am Anfang stehen.

### Schwerpunkte notwendiger Reformen

Die Entscheidung über die Stadt von morgen fällt aber nicht erst im Bereich der Urbanistik, sie fällt dem Grundsatz nach schon im Vorfeld der allgemeinen Gesellschaftspolitik. Deshalb müssen sich alle, die es mit der Stadt ernst meinen, schon hier engagieren und ihre Kräfte auf drei Schwerpunkte konzentrieren, nämlich:

auf die unablässige Darlegung, welchen Preis die Gemeinschaft für die weitere Steigerung einzelner Zuwachsraten zu zahlen hat,

auf die Beseitigung der Verzerrung zwischen der Struktur der Bedürfnisse und derjenigen der angebotenen Güter und Leistungen durch ideelle und materielle Förderung der Gemeinschaftseinrichtungen und

auf die Reform unserer Bodenordnung.

Daneben werden wir weiterhin für die Erhaltung und dynamische Fortentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung eintreten, weil nur sie die individuellen Kräfte wecken und nutzbar machen kann, die zur Bewältigung der örtlichen Aufgaben notwendig sind.

Allerdings wird es auch unsere Aufgabe sein, unsere gesellschaftliche Ordnung gegen gefährliche Utopien oder gegen Änderungsabsichten zu verteidigen, die frühere Fehler wiederholen, die angebliche Paradiese auf Erden verwirklichen, die dem

absoluten Glück einer abstrakten Menschheit zuliebe die Wohlfahrt der lebenden, konkreten Menschen opfern und im Grunde eine schädlich werdende, relative Abhängigkeit von alten Machthabern durch eine absolute Abhängigkeit von neuen Machthabern ersetzen wollen. Dazu brauchen wir Festigkeit, gelegentlich auch ein klares und deutliches Nein. Dazu müssen wir an den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, des Pluralismus, der Parlamentarischen Demokratie festhalten. Dazu gehört aber auch die rechtzeitige Verwirklichung realer Reformen.

### Viel Zeit ist nicht mehr zu verlieren

Wer auf die Fragen unseres Dezenniums die Antworten des 19. Jahrhunderts gibt, der produziert sozialen Sprengstoff, der hilft unmittelbar den Gegnern, ja den Feinden der Freiheit. Wer Systeme für sakrosankt erklärt, der veranschlagt das Mittel höher als den Zweck. Sicherheit und Wohlergehen sind legitime menschliche Bedürfnisse. In einer Zeit rascher Veränderungen sind sie aber weder durch Zementierung noch durch Sprengung des Systems, sondern nur durch seine Weiterentwicklung, seine Reform zu erfüllen und zu gewährleisten.

Viel Zeit ist aber nicht mehr zu verlieren. Schäden, die sich heute noch beseitigen lassen, können morgen schon irreparabel sein. Auch in der Stadtentwicklung gibt es den „point of no return“. Wenn wir ihn überschreiten, wird das nicht die Katastrophe der Bürgermeister oder der Stadträte, es wird eine Katastrophe der Menschheit sein. Denn die Zukunft der Menschheit liegt nicht im Weltraum und nicht in der atomaren Auseinandersetzung mit interkontinentalen Raketen, sie liegt nicht in den Dschungeln, Meeren und Wüsten. Die Zukunft der Menschheit liegt in den Städten von morgen, und es wird nur in lebendigen Städten eine hoffnungsvolle Zukunft sein.